

Was tut die Politik gegen steigende Energiepreise?

Immer mehr Menschen können ihre Gas- und Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Mittlerweile sind monatlich vorgeschlagene Vorauszahlungen von 800 € für eine kleine Familie keine Seltenheit mehr!

Wie soll der Durchschnittsverdiener sich das leisten können? Die Antwort ist schnell gefunden: gar nicht! Und der Winter ist noch nicht mal angebrochen.

Wir brauchen Maßnahmen, um die exponentiellen Preissteigerungen in den Griff zu bekommen. Wir fordern in erster Linie eine Übergewinnsteuer für Energiekonzerne, denn die aktuell generierten Gewinne gehen weit über eine "normale" Summe hinaus. Gleichzeitig muss der Föderalstaat alle Hebel in Bewegung setzen, um nicht nur Geringverdiener vor drohender Kälte oder Hunger zu schützen, sondern insbesondere auch die Mittelschicht vor einer immer stärker werdenden finanziellen Belastung!

Außerdem fordern wir die europäische Ebene auf, eine Obergrenze für Energiepreise einzuführen. Der Vergleich mit anderen Ländern außerhalb von Europa zeigt, dass lange nicht jeder Staat mit einer so hohen Preissteigerung konfrontiert ist.

Der Staat hat die Aufgabe in solchen Situationen einzugreifen, um die Bevölkerung zu schützen. Die Energiepreise müssen sinken.

Wir fordern die politisch zuständigen Instanzen auf zu handeln, und zwar jetzt!

Liesa Scholzen und Elke Comoth

ProDG-Vorstandsspitze